Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7754**

16. Wahlperiode 16. 01. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Uwe Schummer, Ilse Aigner, Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Willi Brase, Nicolette Kressl, Jörg Tauss, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 16/5730 –

Junge Menschen fördern – Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Priska Hinz (Herborn), Britta Haßelmann, Brigitte Pothmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/5732 –

Perspektiven schaffen – Angebot und Struktur der beruflichen Bildung verbessern

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist seit Jahren aufgrund der demografiebedingten Steigerung der Zahl der Schulabgänger und der konjunkturbedingten Abnahme von betrieblichen Ausbildungsverträgen angespannt.

Im Jahr 2004 wurde zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft als Reaktion auf diese Situation der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ (Ausbildungspakt) geschlossen und zwischenzeitlich bis zum Jahr 2010 verlängert.

Er hat sich als wirksames Instrument zur Verbesserung der beruflichen Ausbildungschancen Jugendlicher und junger Erwachsener erwiesen.

Der prognostizierte weitere hohe Nachfragedruck auf Ausbildungsplätze und die mittelfristig weiter ansteigende Zahl von nicht vermittelten Altbewerbern erfordern aber darüber hinaus eine gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft, Tarifpartnern, Politik und Gesellschaft.

Zu Nummer 2

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist trotz der aktuellen guten Wirtschaftskonjunktur nach wie vor kritisch, da die Zahl der „echten“ betrieblichen Ausbildungsplätze im Vergleich zum Jahr 2006 deutlich gesunken ist. Das konstant hohe Niveau der Schulabgänger, die steigende Zahl der Altbewerber sowie der weitere Anstieg von Abiturienten, die sich gegen ein Studium entscheiden, erhöhen den Druck auf das duale Berufsausbildungssystem.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag bekräftigt das Ziel, das duale Berufsausbildungssystem für einen größeren Anteil junger Menschen zugänglich zu machen. Er fordert die Bundesregierung auf, die weiter zunehmende Zahl der Altbewerber und benachteiligten Jugendlichen mit zielgruppenspezifischen Maßnahmen und Programmen über den Ausbildungspakt und bestehende Förderansätze hinaus für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Er appelliert an die Länder, die Betriebe, Kammern und Verbände in ihrer spezifischen Verantwortung Beratungs- und Informations-, Bildungs- und Betreuungsangebote an junge Menschen zur Verbesserung ihrer Ausbildungsfähigkeit zu machen. Die Tarifpartner werden aufgefordert, tarifpolitische Vereinbarungen zur Steigerung der Qualität und des Angebots von Ausbildungsplätzen zu treffen.

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5730 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein stringentes Konzept für eine Strukturreform der beruflichen Bildung vorzulegen. Ziel muss es sein, die Ausbildung im Rahmen des Berufsprinzips zu modularisieren und einzelne Ausbildungsabschnitte zu zertifizieren. Dies ermöglicht es, die Übergänge zwischen Schule, dualer Ausbildung und akademischer Ausbildung zu optimieren und berufsvorbereitende Maßnahmen – die auch zertifiziert werden müssen – auf die Ausbildung anzurechnen. Darüber hinaus muss beim Sonderprogramm „Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ)“ sichergestellt werden, dass die Jugendlichen ein Zeugnis erhalten und die Berufsschule besuchen.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5732 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5730.

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5732.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/5730 anzunehmen,

2. den Antrag auf Drucksache 16/5732 abzulehnen.

Berlin, den 19. September 2007

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Uwe Schummer
Berichterstatter

Willi Brase
Berichterstatter

Patrick Meinhardt
Berichterstatter

Cornelia Hirsch
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Uwe Schummer, Willi Brase, Patrick Meinhardt, Cornelia Hirsch und Priska Hinz (Herborn)

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5730** in seiner 105. Sitzung am 21. Juni 2007 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, Finanzausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Ausschuss für Arbeit und Soziales, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ausschuss für Tourismus, Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5732** ebenfalls in seiner 105. Sitzung am 21. Juni 2007 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Die **Fraktionen der CDU/CSU** und **SPD** erklären, dass die Situation auf dem Ausbildungsmarkt seit Jahren aufgrund der demografiebedingten Steigerung der Zahl der Schulabgänger und der konjunkturbedingten Abnahme von betrieblichen Ausbildungsverträgen angespannt sei. Weniger als 50 Prozent der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber nähmen im Verlaufe eines Vermittlungsjahres eine betriebliche Ausbildung auf. 1,3 Millionen Schulabgänger bis zum Alter von 29 Jahren hätten laut Berufsbildungsbericht 2006 keine abgeschlossene Berufsausbildung und circa 80 000 Jugendliche hätten in der letzten Dekade die Schule ohne Abschluss verlassen. Die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt hätte in den letzten Jahren zu einem Anstieg des Altbewerberanteils an den Ausbildungsplatzsuchenden von 40 Prozent geführt.

Im Jahr 2004 sei daher zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Wirtschaft als Reaktion auf diese Situation der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ (Ausbildungspakt) geschlossen und zwischenzeitlich bis zum Jahr 2010 verlängert worden. Er habe sich als wirksames Instrument zur Verbesserung der beruflichen Ausbildungschancen Jugendlicher und junger Erwachsener erwiesen. Der prognostizierte weitere hohe Nachfragedruck auf Ausbildungsplätze und die mittelfristig weiter ansteigende Zahl von nicht vermittelten Altbewerbern erforderten aber darüber hinaus eine gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft, Tarifpartnern, Politik und Gesellschaft, die Situation auf dem Ausbildungsmarkt weiter zu entschärfen.

Die Anstrengungen der Wirtschaft, die Zahl der Ausbildungsplätze zu steigern, das Sonderprogramm „Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) und das Qualifizierungs-Kombilohnprogramm würden als wirksame Förderinstrumente unterstützt.

Insgesamt würde der Nationale Ausbildungspakt durch eine Vielzahl von Maßnahmen anderer Bundesressorts, der Länder und der Bundesagentur für Arbeit flankiert.

Der Deutsche Bundestag bekräftige das Ziel, das duale Berufsausbildungssystem für einen größeren Anteil junger Menschen zugänglich zu machen. Er fordere die Bundesregierung auf, die weiter zunehmende Zahl der Altbewerber und benachteiligten Jugendlichen mit zielgruppenspezifischen Maßnahmen und Programmen über den Ausbildungspakt und bestehende Förderansätze hinaus für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Er appelliere an die Länder, die Betriebe, Kammern und Verbände, in ihrer spezifischen Verantwortung Beratungs- und Informations-, Bildungs- und Betreuungsangebote an junge Menschen zur Verbesserung ihrer Ausbildungsfähigkeit zu machen. Die Tarifpartner werden aufgefordert, tarifpolitische Vereinbarungen zur Steigerung der Qualität und des Angebots von Ausbildungsplätzen zu treffen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein Gesamtkonzept „Jugend – Ausbildung und Arbeit“ zu entwickeln, in das die laufenden und geplanten Maßnahmen aller zuständigen Ebenen integriert werden.

Zu Nummer 2

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** beurteilt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt trotz der aktuellen guten Wirtschaftskonjunktur nach wie vor kritisch, da die Zahl der „echten“ betrieblichen Ausbildungsplätze im Vergleich zum Jahr 2006 deutlich gesunken sei. Das konstant hohe Niveau der Schulabgänger, die steigende Zahl der Altbewerber sowie der weitere Anstieg von Abiturienten, die sich gegen ein Studium entschieden, erhöhten den Druck auf das duale Berufsausbildungssystem.

Der Bundesregierung wird vorgeworfen, dass sie angesichts der Missstände keine erkennbare Strategie verfolge. Insbesondere werden die geringen oder falschen Effekte und die Missbrauchsgefahr des Einstiegsqualifizierungsprogramms EQJ kritisiert. Von dem Programm profitiere vorwiegend nicht die eigentliche Zielgruppe der benachteiligten Jugendlichen, sondern überwiegend junge Menschen mit mittlerem und auch höherem Schulabschluss. Darüber hinaus werden Mitnahmeeffekte aufseiten der Unternehmen befürchtet, die zum Teil schon jetzt EQJ-Praktikanten als billige Arbeitskräfte missbrauchten.

Die Antragsteller bezweifeln die Wirksamkeit des von der Bundesregierung geplanten Kombilohns für von Firmen eingestellte Jugendliche unter 25 Jahren ohne Schul- und Berufsabschluss. Es wird befürchtet, dass der Lohnkosten- und Qualifizierungszuschuss an die Firmen ebenfalls zu Mitnahmeeffekten führt und die Chancen der Jugendlichen auf

einen qualifizierten Ausbildungs- oder Arbeitsplatz langfristig nicht verbessert.

Nach Auffassung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trügen die Länder im Wesentlichen die Verantwortung für eine Verbesserung der Ausbildungsreife vieler Jugendlicher.

Die Bundesregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert, ein stringentes Konzept für eine Strukturreform der beruflichen Bildung vorzulegen. Als Hauptbestandteile der Reform wird die Optimierung der Übergänge zwischen Schule, dualer und akademischer Ausbildung durch eine Modularisierung der Ausbildung im Rahmen des Berufsprinzips genannt, zu der auch die Zertifizierung der einzelnen Ausbildungsabschnitte gehören muss. Außerdem müssten die berufsvorbereitenden Maßnahmen verbessert werden, insbesondere das Sonderprogramm „Einstiegsqualifizierung Jugendlicher“ (EQJ).

Bund, Länder und Wirtschaft sollten ferner im Rahmen ihrer Zuständigkeiten Beiträge zur Verbesserung der Ausbildungsreife junger Menschen leisten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Die **mitberatenden Ausschüsse** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5730 anzunehmen

Zu Nummer 2

Die **mitberatenden Ausschüsse** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/5732 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 41. Sitzung am 19. September 2007 beraten und empfiehlt:

Zu Nummer 1

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/5730 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Nummer 2

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/5732 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Vonseiten der **Fraktion der CDU/CSU** wird begrüßt, dass noch vor dem neuen Ausbildungsjahr mit neuen Instrumenten der endlose Kreis aus wachsenden Ausbildungsplatzlücken, den Forderungen nach Ausbildungsabgaben einerseits und Absenkung der Ausbildungsvergütungen andererseits unterbrochen werden konnte. Die Aufwärtsbewegung auf dem Arbeitsmarkt habe zu einem Aufwuchs der Ausbildungsplätze um fünf Prozent im Jahre 2006 und acht bis zehn Prozent im Jahre 2007 geführt.

Der vorgelegte Antrag widme sich vorrangig der Lösung des Problems der hohen Zahl von zurzeit circa 330 000 Altbewerbern, die etwa 50 Prozent der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplatzsuchenden ausmache. Als Folge der von den Koalitionsfraktionen vorgeschlagenen Qualifizierungs- und Eingliederungszuschüsse an Betriebe werden zusätzliche betriebliche Angebote zur Vermittlung von Einstiegsqualifikationen an bisher nicht vermittelte Ausbildungsplatzsuchende erwartet. Die Nachvermittlungsquote von circa 60 Prozent zeige den Erfolg der Instrumente, auch wenn sie von Unternehmen zum Abbau von regulären Arbeitsplätzen missbraucht werden könnten. Es werde daher empfohlen, Unternehmen, die Subventionen missbrauchten, in einer Schwarzen Liste zu führen und sie von den Zuschüssen auszuschließen.

Vonseiten der Antragsteller werden Einstiegspraktika als Mittel für schwervermittelbare Jugendliche gesehen, der Gefahr vertaner Lebenszeit zu begegnen und nach einer Nachvermittlung die Ausbildungszeit zu verkürzen. In diesem Sinne sollten auch Berufsorientierungsprogramme und die Berufsberatung der Arbeitsagenturen, Wirtschaft und Schulen frühzeitig vor Ende des letzten Schuljahres als Maßnahmen zur Senkung der hohen Abbrecherquote von circa 20 Prozent verstärkt werden. Auch das Patenprogramm für Ausbildungssuchende mit einer Co-Finanzierung durch die Wirtschaft und Kommunen wird als geeignet erachtet, die Zahl der 1,3 Millionen Schulabgänger bis zum Alter von 29 Jahren ohne eine berufliche Qualifizierung abzusenken.

Es wird betont, dass die Fraktion der CDU/CSU auch Bonusprogramme für Betriebe mit zusätzlichen Ausbildungsangeboten unterstütze. Warteschleifen in teuren Parallelstrukturen und das Einbinden der Sozialversicherung werden als untauglich für die Verbesserung der Ausbildungsplatzperspektiven gewertet.

Vonseiten der **Fraktion der SPD** werden das Konzept und die Punkte des Innovationskreises „Berufliche Bildung“ als geeignetes Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Durchlässigkeit der beruflichen Bildung gewertet. Die Zunahme betrieblicher Ausbildungsplätze, die regional sehr unterschiedlich ausfallen könnten, wird anerkannt. Ausbildungsmärkte seien regionale Märkte, und auch wenn mittlerweile das Angebot betrieblicher Ausbildungsplätze die Nachfrage im Prinzip abdecken würde, müssten die regionalen Lücken geschlossen werden, die vor allem ihre Ursache in der hohen Zahl der Altbewerber hätte.

Der Koalitionsantrag setze auf die Förderung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die aus unterschiedlichsten Gründen den Einstieg in das Berufsleben nicht geschafft hätten. Als zentrale Maßnahme würden die Zuschüsse zu den Ausbildungskosten benachteiligter Altbewerber angesehen, die auch durch Mittel der Bundesagentur für Arbeit abgedeckt werden sollten.

Als weiteres wirksames Mittel werde das Angebot eines Ausbildungsbonus für überdurchschnittlich ausbildende Betriebe angesehen. Eine Umfrage bei Unternehmen im Rahmen der Ausbildereignungsverordnung habe ergeben, dass

Unternehmen, die zum ersten Mal ausbildeten, Unterstützung für eine Verstetigung ihres Lehrstellenangebotes wünschten.

Die Antragsteller hätten sich zum Ziel gesetzt, nach Ende der Nachvermittlungsphase am 1. Januar 2008 mit den notwendigen Finanzmitteln und Maßnahmen die betriebliche und überbetriebliche Ausbildung und damit auch das duale System zu stärken.

Der Einsatz von Ausbildungspaten sei in vielen Bereichen sinnvoll. Vor dem Hintergrund des Wandels der Arbeitsmärkte müsse die Berufsberatung wesentlich früher in den Schulen ansetzen, damit die Schülerinnen und Schüler die Vielfalt der Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten regional und überregional kennenlernen könnten.

Die Antragsteller betonen, dass eine Schwächung des dualen Systems nicht zugelassen werden dürfte, da sie die Innovationsfähigkeit von Unternehmen beeinträchtigen werde. Es müsse gelingen, dass die Schulabgänger einen direkten Zugang zu einer betrieblichen Ausbildung fänden. Der Optimierung der Übergänge käme daher eine besondere Bedeutung zu.

Mit dem vorgelegten Koalitionsantrag habe man den richtigen Weg eingeschlagen. Er finde breite Unterstützung in der gewerkschaftlichen und christlichen Jugendarbeit sowie auch in der Arbeiterwohlfahrt.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde abgelehnt, da die Forderung einer Modularisierung in die falsche Richtung gehe.

Vonseiten der **Fraktion der FDP** wird hervorgehoben, dass Mittelstand und Handwerk den nachhaltigsten Beitrag zum Aufwuchs der Ausbildungsverträge um aktuell 4,7 Prozent leisteten. Aufgrund des Anstiegs der Bewerberzahlen und der dramatischen Altbewerbersituation gebe es aber immer noch eine Ausbildungsplatzlücke, die aufgrund eines fehlenden Konzepts der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen nicht geschlossen werden könne. Die Fraktion der FDP begrüße die Erhöhung der Teilnehmer am EQJ-Programm um 15 000 auf insgesamt 40 000. Sie bemängelt aber, dass die richtige Zielgruppe – Jugendliche ohne Schulabschluss und Altbewerber – nicht erreicht werde. Eine Evaluation habe ergeben, dass circa 15 Prozent nicht in dieses Programm gehörten. Angesichts des gleichzeitigen Angebotes eines freiwilligen technischen Jahres und der Erhöhung der Anzahl außerbetrieblicher Ausbildungsplätze werde ein stringenter roter Faden zur Lösung des Ausbildungsplatzproblems vermisst.

Zur Absenkung der Zahl der Altbewerber wird die Übernahme bewährter Praktiken in den Ländern empfohlen. Niedersachsen fördere mit einem Altbewerberprogramm die zusätzliche Einrichtung von Lehrstellen bei kleinen und mittleren Unternehmen. Das baden-württembergische Wirtschaftsministerium fördere ebenfalls die zusätzliche Einstellung von Altbewerbern.

Der Ausbildungsbonus an Unternehmen, die Lehrstellen für schwervermittelbare Jugendliche anbieten, wird als bürokratisch organisiert kritisiert, und man nehme ihm gegenüber keine positiven Reaktionen aus der Wirtschaft wahr.

Die Fraktion der FDP weist auf die Kritik der Gewerkschaften an den Beratungsangeboten der Arbeitsagenturen hin. Ihrer Ansicht nach müsse sowohl das Personal der Agenturen aufgestockt als auch Angebote für dessen Professionalisierung gemacht werden. Schließlich sei eine Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Schulformen und der Bundesagentur für Arbeit notwendig.

Die notwendige Fortentwicklung der beruflichen Bildung sollte sich nach Auffassung der Fraktion der FDP an dem hervorragenden Konzept der IHK und des ZDH „Dual nach Wahl“ orientieren. Nach diesem Konzept werde mit modulorientierten Elementen im Rahmen des Berufsprinzips gearbeitet.

Der beruflichen Weiterbildung wird eine besondere Bedeutung zugemessen. Bedauerlicherweise gehöre Deutschland im OECD-Vergleich immer noch zu den Schlusslichtern im Bereich „Lebenslanges Lernen“. Zusätzliche Qualifikationen und Zertifizierungen würden durch das 154-Euro-Programm der Bundesregierung nicht erreicht.

Vor diesem Hintergrund wird der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen vorgeworfen, ein „Stückwerk“ ohne „roten Faden“ vorgelegt zu haben.

Vonseiten der **Fraktion DIE LINKE.** wird den Koalitionsfraktionen ein falscher Ansatz der Berufsbildungspolitik vorgeworfen. Die Ausbildungschancen dürften nicht von der jeweiligen konjunkturellen Lage abhängig sein; Ziel müsse es vielmehr sein, das Recht der Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Ausbildung zu sichern. Die konstant hohe Zahl der Altbewerber zeige, dass kurzfristige Berufseinstiegsmaßnahmen zu kurz griffen. Von einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt könne keine Rede sein. Vermittlungsaktionen würden an Ausbildungslücken orientiert, die aber nur als Spitze des Eisbergs sichtbar würden. Ein großer Teil von Jugendlichen ohne Perspektive würde in den Statistiken nicht erfasst. Im Ergebnis würden aus falschen Einschätzungen auch die falschen Forderungen abgeleitet.

Die Fraktion DIE LINKE. bezweifelt, dass die Gewerkschaften den kurzfristigen Maßnahmen im Einzelnen und der Berufsbildungspolitik der Bundesregierung im Gesamten zustimmen würden. Sie begrüße, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordere, die Kombilöhne im Ausbildungsbereich und die Aufnahme des EQJ in das dritte Sozialgesetzbuch (SGB III) wieder zurückzuziehen.

Die Bundesregierung wird angesichts der Einrichtung von Innovationskreisen und kurzfristigen Konzepten eine Ankündigungspolitik vorgeworfen. Daher werde der gemeinsame Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD abgelehnt.

Vonseiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird erklärt, dass es vor dem Hintergrund der nach wie vor ansteigenden Zahl der Altbewerber, des wachsenden Anteils von der öffentlichen Hand geförderten Ausbildungsplätzen und Einstiegshilfen keine Entwarnung auf dem Ausbildungsmarkt gebe. Es wird bezweifelt, ob am Ende die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze ausreicht, die Quote der Altbewerber zu senken. Es werde kritisiert, dass Bundesregierung und Koalitionsfraktionen auf das Ausbildungsproblem mit einer Vielzahl unverbundener Programme auf der Basis öffentlicher Zuschüsse reagierten.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne Einstiegsqualifizierungsmaßnahmen nicht grundsätzlich ab, sie kritisiere aber, dass sie gesetzlich verankert werden sollen, ohne dass die Mängel des Programms beseitigt worden seien. Es sei nicht sichergestellt, dass Jugendliche, die an den Maßnahmen teilnähmen, die Berufsschule besuchten, ein Zertifikat erhielten und letztlich in eine richtige Ausbildung übernommen würden. Das Gleiche gelte für Jugendliche unter 25 Jahren ohne Berufsabschluss, die von Betrieben eingestellt würden und einen Kombilohn erhielten.

Der Sinn neuer Instrumente wird angezweifelt. Das EQJ sei ja ursprünglich auf Altbewerber und gering Qualifizierte ausgerichtet gewesen. Der Bundesregierung wird die Kraft abgesprochen, eine Ausbildungsstrukturreform durchzuführen, in der das Übergangssystem in ein System zertifizierbarer Qualifizierungsschritte mit dem Ziel eines Berufsabschlusses überführt wird.

Zu den Themen „Zweite Chance“ und „Weiterbildung“ wird ausgeführt, dass es aufseiten der Bundesregierung bisher bei Ankündigungen geblieben sei. Der OECD-Bericht habe darauf hingewiesen, dass in Deutschland Personen ohne einen Sekundarstufe-II-Abschluss nur geringe Chancen hätten, Bildungsdefizite im späteren Leben durch berufliche Weiterbildung auszugleichen. Das von der Bundesregierung angekündigte Bildungssparen werde den in den Anträgen angesprochenen Zielgruppen keine Möglichkeit bieten, einen qualifizierten Berufsabschluss nachzuholen.

Insgesamt wird eine nachhaltige Ausbildungsstrukturreform empfohlen, damit nicht in jedem Jahr dieselben Debatten geführt werden müssten.

Vonseiten der Bundesregierung wird der Kritik widersprochen, es fehle der rote Faden in den Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepten. Die Bundesregierung strebe differenzierte Instrumente für differenzierte Problemlagen an. Allerdings habe man erst ab Anfang des Jahres 2007 nach Erhebungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und der Bundesagentur für Arbeit ein genaueres Bild über Zahlen und Struktur der Altbewerber gewinnen können. Es gebe insgesamt drei Gruppen innerhalb der Altbewerber:

1. Junge Menschen mit einer sinnhaften alternativen Beschäftigung wie zum Beispiel einem Studium, die aber unter Umständen auch eine Ausbildung beginnen würden. Hier sehe man keinen Handlungsbedarf seitens der Bundesregierung.
2. Junge Menschen mit mindestens einem qualifizierten Hauptschulabschluss, Mittlerer Reife oder Abitur, die aufgrund der regionalen Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur bisher keinen Ausbildungsplatz gefunden hätten (circa 100 000 Personen). Diese Gruppe könne vom regionalen Wirtschaftswachstum, aber auch vom Instrument der Ausbildungsbausteine, dem Konzept „Dual nach Wahl“ profitieren, die unter Beibehaltung des Berufsprinzips eine Kammerprüfung vorsähen.
3. Jugendliche und junge Erwachsene mit einer mangelnden Ausbildungsreife, die auch trotz einer besseren Wirtschaftskonjunktur ohne besondere Unterstützungsmaßnahmen keinen Ausbildungsplatz bekommen hätten (80 000).

Die Bundesregierung habe ihre Handlungskonzepte auf diese diagnostizierte Situation abgestimmt. Sie werde auch die angesprochenen Vorschläge von Baden-Württemberg und Niedersachsen in die Überlegungen einfließen lassen.

Die angesprochene Notwendigkeit, die Qualität der Berufsberatung zu verbessern, werde auch vonseiten der Bundesregierung gesehen. Sie habe an dieser Stelle aber nur bedingt Einflussmöglichkeiten.

Zur Ausbildungsplatzbilanz und zur Aussage, dass vor allem im öffentlichen Ausbildungsbereich ein Zuwachs zu verzeichnen sei, wird ausgeführt, dass Meldungen aus der Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit unterschiedlich seien. Während die IHK und die Handwerkskammer zweistellige Zuwachsraten meldeten, sei die Dynamik bei der Bundesagentur für Arbeit eher schwach ausgeprägt, da Betriebe zunehmend ihre Ausbildungsplätze vorab nicht mehr dort meldeten. Auf genauere Ergebnisse könne aber erst nach dem Stichtag 30. September 2007 zurückgegriffen werden.

Die Kritik der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am EQJ-Programm und dem Angebot von Kombilöhnen in der Lehre könne nicht nachvollzogen werden. Gerade von dieser Seite seien in der Vergangenheit stets schnell wirksame Instrumente gefordert worden. Nach der Wahrnehmung der Bundesregierung seien bisher die Bewertungen des EQJ-Programms im Grundsatz positiv ausgefallen. Die hohe Übergangsquote in die Ausbildung von 60 bis 70 Prozent zeige die Effektivität des Instruments. Die Optimierung der Struktur der EQJ und ihre Konzentration auf die Altbewerber würden auch von der Bundesregierung angestrebt.

Berlin, den 19. September 2007

Uwe Schummer
Berichterstatter

Willi Brase
Berichterstatter

Patrick Meinhardt
Berichterstatter

Cornelia Hirsch
Berichterstatterin

Priska Hinz (Herborn)
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333